

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606—3698, Telegramm-Nummer: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Belegkosten

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Familien-Anzeiger): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig, Hand-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] Nr 264

DONNERSTAG, 2. JUNI 1932

ABEND-AUSGABE

Kabinetts Papen vollständig

Bis auf das Arbeitsministerium — Heute nachmittag erste Sitzung des neuen Kabinetts — Reichstags-Auflösung unmittelbar bevorstehend

Reichstagskanzler von Papen hat heute seine Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts fortgesetzt und bis auf ein Postfachlein auch abgeschlossen. Die vervollständigte Kabinettsliste bringt folgende Besetzung der einzelnen Ministerien:

Reichskanzler: von Papen.

Innere: Mitglied des Reichsrats Freiherr von Gagl.

Auswärtiges: Postkanzler Freiherr von Neurath, der heute in Berlin eingetroffen ist und angenommen hat.

Finanzen: Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk, der unmittelbar nach seiner Ankunft aus Paris vom Kanzler empfangen worden ist und aufgefangt hat.

Wirtschaft: Professor Dr. Warmbold.

Rechtswesen: Generalleutnant von Schlichter.

Post und Verkehr: Freiherr Eiß von Hübner.

Schutz: Dr. Günther, der bisherige bayrische Justizminister.

Erziehung und Volksmission: Regierungspräsident a. D. Freiherr von Braun.

Arbeit: interimistisch Professor Dr. Warmbold.

Das Kabinetts Papen ist nicht nur eine ausgesprochene Reichsregierung, sondern auch ein ausgesprochenes Weichkabinetts. Von neun Mitgliedern der Regierung gehören sieben dem alten Adel an, nur zwei Minister sind bürgerlich, nur einer, Professor Dr. Warmbold, hat bereits einem Weichkabinetts angehört und außer ihm hat nur noch der Reichsjustizminister Dr. Günther, ministerielle Erfahrung als früherer bayrischer Ministerpräsident.

Die Auflösung des Reichstags

Das neue Reichskabinetts hat heute nachmittag um 3/6 Uhr vom Reichspräsidenten erteilt und um 6 Uhr seine erste Sitzung abgehalten, in der auch die angelegentlichste Erinnerung des Oberregierungsrates Pfand zum Staatspräsidenten Reichstags aufgelöst werden dürfte. Die erste Kabinettsitzung dient sonst der Besprechung des Programms und der Regierungserklärung, die im Reichstags abgelesen werden soll. Das ist diesmal überflüssig, denn die Regierung Papen hat nicht die Absicht, sich dem Reichstags vorzustellen. Einer der ersten Beschlüsse des Reichskabinetts wird dahin lauten, dem Reichspräsidenten die sofortige Auflösung des Reichstags zu empfehlen. Es ist anzunehmen, daß die Auflösungsorder entweder schon heute abend, spätestens morgen unterzeichnet und befohlengebe wird. Die Neuwahl, die nach der Befreiung innerhalb von 60 Tagen stattfinden müssen, werden wahrscheinlich Ende Juni durchgeführt werden. Der neue Reichstag dürfte sich im August versammeln.

Eine Kundgebung über die Währung

Zwischen Reichspräsidenten Lütger und seinem Vorgänger Schacht, der während der Verhandlungen über die Kabinettsbildung auch vom Reichstagskanzler von Papen empfangen worden ist, hat heute eine Besprechung stattgefunden. Für Nachmittag ist Dr. Lütger zum Kanzler bestellt. Von dem nationalen Seite ist angeordnet worden, daß in der Zeitung der Reichstags ein Wechsel eintreten sollte. Doch Dr. Lütger bei der nächsten Sitzung nicht persona grata ist, weß man schon seit längerem, weil er aus währungsrechtlicher Gründen ein wegnen seiner Art von Kreditausweitung ist, die von den Weichkabinetts und Nationalsozialisten propagiert wird. Das Reichskabinettsgeheß führt dem Reichspräsidenten Handlungsfähigkeit aus gegenüber der Reichsregierung, die ihn nicht nach ihrem Gutdünken abändern und durch eine andere Persönlichkeit ersetzen kann. Es scheint auch

vorkünftig noch nicht die Absicht der neuen Regierung zu sein, auf Dr. Lütger einen Druck auszuüben, damit er „freiwillig“ seinen Platz räumt; denn das würde die Befolgung von den Folgen währungsrechtlicher Experimente, die seit dem Währungsbruch des Kabinetts Brünning vielfach hervorgerufen, ebenfalls verhindern. Die Regierung hat vielmehr die Absicht, im Einvernehmen mit Reichspräsidenten Dr. Lütger eine

Weltwirtschafts-Konferenz im August

Zollabbau Voraussetzung für die Wiederherstellung des Welthandels

Somit in Washington als auch in London wird eifrig an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz gearbeitet, von der man Mittel und Wege erhebt, um die Verzerrung der Weltwirtschaft zu beseitigen und eine Periode internationaler Wirtschaftserholung einzuleiten. Der Termin der Konferenz ist auf den August verschoben, nach San Francisco. Die amerikanische Delegation wird Owen Young führen. Gänzlich hat bereits mit mehreren ausländischen Diplomaten, darunter auch dem Reichskanzler von Papen, konferiert, und gleichzeitig empfing Sir John Simon den französischen und den italienischen Reichspräsidenten, um mit ihnen die Möglichkeiten der Konferenz zu erörtern. Die Einladungen werden erst erfolgen, wenn feststeht, daß alle Großmächte diese internationale Ausdrucksform für wünschenswert halten.

Die Bedeutung des amerikanischen Entschlusses wird in London hoch bewertet, da er im Gegensatz zu der bisherigen Weltwirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten steht. Zum ersten Mal seit Beginn der Weltwirtschaftskrise ist Amerika bereit, einzutreten, daß die Frage der Warenpreise und der Kaufkraft des Geldes nur durch internationale Aktionen behandelt werden kann. Der Gedanke einer derartigen Konferenz war schon in dem demokratischen Sozialismus enthalten, und nur die Furcht, daß Amerika bei dieser Gelegenheit in eine Debatte über Schulden und Zollfragen verwickelt werden könnte, hatte die Republikaner gegen den Konferenzplan beeinflusst. In letzter Zeit hat

Kundgebung zu eröffnen, in der der Schutz der Währung zugunsten und jede Inflationseigenschaft bestritten wird.

Etat und Lanfanner Konferenz

Die nächste Ausgabe der Regierung wird es sein, den Etat anzufertigen. Er wird durch Rotverordnung Gesetzkraft erhalten. Aufgeschlossen wird die Lanfanner Konferenz die Hauptaufgabe der Regierung sein. Es ist anzunehmen, daß Deutschland auf der Konferenz durch den Kanzler von Papen, den neuen Außenminister Dr. von Neurath und den neuen Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk vertreten sein wird, der mit den Separationsfragen besonders vertraut ist und besten Erkenntnis zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bereits von Dr. Brüning in Aussicht genommen worden war.

Senator Borah — wie schon melde, nach Fühlungnahme mit gewissen englischen und französischen Gruppen — die Wiederherstellung des Welthandels bewirkt. Aus innerpolitischen Gründen werden die Amerikaner aber, nachdem sie ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt haben, die weitere Initiative der englischen Regierung überlassen.

Die große, noch ungeklärte Frage betrifft das Programm der Konferenz. Eine Beschränkung der Besprechung auf gewisse Themen würde am besten zu einem Ergebnis führen, da eine Beschränkung der internationalen Wirtschaftsbewegungen eine offene Behandlung sämtlicher Faktoren, besonders auch der Zollpolitik, voraussetzt. Diese Erkenntnis scheint auch in Washington sich durchzusetzen, wo jetzt erklärt wird, daß die Konferenz ein Wiederherstellen der Zollmänner bedeute und so eine Befreiung des Welthandels und eine Stabilisierung der Weltwirtschaft zu erreichen. Weiter soll die Frage der internationalen Notenbankpolitik behandelt werden, um Maßnahmen zu finden, die in Abhängigkeit Angriffe anderer Länder auf die Goldbedeckung eines Landes verhindern. In der Silberfrage wird man voraussichtlich den wenig ausdifferenzierten Verlauf einer Revolverisierung aufgeben und nur allgemein die härtere Ausprägung von Silbermünzen propagieren. Einen sehr wesentlichen Raum wird auch die Frage internationaler Wirtschaftsbereiche umfassen, wie sie jetzt gleichzeitig im Ottawa-Raum und innerhalb des britischen Empire angeht werden.

Kube-Bierd vereint gegen Braun

Der Landtag spielt Pariser Konvent

Das Interesse, das dem Wiederbeginn der Beratungen des preussischen Landtags nach der blutigen Schlägerei vom Mittwoch vorher große Entgegenbrachte wurde, ist sehr bald abgeklaut. Tribünen und Plenum wiesen heute schon wieder die Stützen auf, die sich immer dann zeigen, wenn die Beratungen keine Sensationen verzeichnen. Auch außerhalb des Hauses war das „normale“ Bild. Immerhin wurden auch heute strenge Abperungen durch die Polizei durchgeführt.

Zu einem kleinen politischen Intermezzo kam es vor Eintritt in die Tagesordnung. Die Kommunisten verlangten die Verberufung der gesetzlos führenden den Regierung, um ihr „Mißtrauen“ in Anwesenheit der Minister zu begründen. Die Nationalsozialisten griffen diese Anregung gleich auf und ereigneten, daß der Landtag die Zitterung Brauns beschloß. Ministerpräsident Braun hat darauf sofort schriftlich folgendes geantwortet:

„Nach Art. 24 der Verfassung kann der Landtag und jeder seiner Ausschüsse die Anwesenheit jedes Staatsministers verlangen. Die Frage, ob auf Grund eines solchen Beschlusses auch im Falle von Art. 53 Abs. 2 der preussischen Verfassung

gesetzlosführendes Ministerium) das Staatsministerium oder — einzelne Minister zum Erreichen verpflichtet sind, werde ich alsbald dem Staatsministerium zur Entscheidung vorlegen. Infolge dieser Verberufung eines Ministers des Staatsministeriums kann das Staatsministerium frühestens morgen zusammentreten. Ich werde dann sofort einen Beschluß über die erwähnte Frage beschließen und unmittelbar im Anschluß an die Staatsministeriumsberatung diesen Beschluß dem Landtagspräsidenten mitteilen.“

Braun hat damit die einzig richtige Antwort gegeben und der Zwischfall, der das Parlament etwa eine Stunde aufhielt, wäre damit zunächst erledigt gewesen, wenn er nicht den Nationalsozialisten zu einer neuen Debatte veranlassen hätte, die täglich für die politische Lage. Sie wollen einen Antrag einbringen, daß die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Minister des Preussenkabinetts vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollen, wenn der Bruch der Verfassung, da sie dem Beschluß des Landtags aus Ergeben in der Sitzung nicht gefolgt sind.

Wohlgemerkt, nur die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Minister haben sich dem Genuß der National-